

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Atommülltransporte durch Schleswig-Holstein

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 049.11 / 28.01.2011

Nicht durchdacht, liebe Linke

Es ist das Ziel der grünen Partei, so schnell wie möglich aus der Atomenergie auszusteigen. Der Atomkonsens mit festgelegten Reststrommengen war ein wichtiger Kompromiss mit der Atomindustrie. Damit war ein Jahrzehnte währender gesellschaftlicher Konflikt befriedet. Die Aufkündigung dieses Kompromisses, die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, hat diesen gesellschaftlichen Frieden beendet, obwohl die Ursachen für den Konflikt nach wie vor bestehen: Gefahr von Havarien, kein Endlager definiert, massive Subventionierung der Atomindustrie, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Verstopfung der Netze und Behinderung des Ausbaus anderer Stromerzeugung, Terrorgefährdung und viele andere.

Die Laufzeitverlängerung der Regierung Merkel/Westerwelle wird nicht bestehen bleiben. Das drehen wir Grünen zusammen mit der Anti-Atombewegung zurück. Da können sie sich drauf verlassen. Der vorliegende Antrag der Linken ist dabei allerdings nicht hilfreich.

Die Landesregierung soll sich danach für eine Änderung des Atomrechts einsetzen, damit die Länder maßgeblichen Einfluss auf die Genehmigung von Atom-Transporten erhalten. Das ist unpräzise. Was soll das bitte schön heißen: „maßgeblicher Einfluss“?

Für die Genehmigung der Transporte ist das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig. Eine Genehmigung wird erteilt, wenn die Vorschriften des Verkehrs- und Atomrechts eingehalten sind. Es gibt Auflagen zum Strahlenschutz der Bevölkerung und der Polizei. Die Aufsichtsbehörden der Länder kontrollieren die Einhaltung der Genehmigung für alle Straßentransporte. Für die Kontrolle der Schienentransporte ist das Eisenbahn-bundesamt verantwortlich. Die Antragstellerin nennt keine inhaltlichen Gründe, warum von diesen Regelungen abgewichen werden sollte. Nicht durchdacht, liebe Linke!

Wahrscheinlich sollen die Länder für die Bescheidung der Transportgenehmigungen zuständig werden, die Linke kommt dann in Schleswig-Holstein in Regierungsverantwortung und die Landesbehörden werden von der neuen Regierung angewiesen, alle Genehmigungen zu versagen. Ja, dann verstopfen die Zwischenlager und dann müssen die Atomkraftwerke den Betrieb einstellen.

Jährlich gibt es hundert Transporte von Brennelementen in die zentralen Zwischenlager Gorleben und Ahaus. Die Gesamtzahl der Transporte von schwach- mittel- und hochradioaktiven Material liegt bei jährlich 400.000. Das Land Schleswig-Holstein ist also massiv beteiligt. Uns Grünen erscheint es sinnvoll, die Genehmigung beim Bundesamt zu belassen oder will jemand, dass die einzelnen Bundesländer jeweils unterschiedliche Sicherheitsniveaus zulassen?

Wir haben es nicht gewollt, aber es sind in Schleswig-Holstein drei Atomkraftwerke gebaut und in Betrieb genommen worden. An allen drei Atomkraftwerken gibt es vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigte Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe. Diese Zwischenlager sind eingerichtet worden, weil kein deutscher Atommüll mehr nach Frankreich oder England zur Wiederaufbereitung geschickt werden darf und es weit und breit in Deutschland kein sicheres Atommüll-Endlager für die nächsten 100.000 Jahre gibt. Mensch überlege sich nur die Zeitachse: Fünfzig Mal den Zeitraum von Christi Geburt bis heute mit Kriegen, Untergängen ganzer Reiche, Erdbeben, Tsunamis und Vulkanausbrüchen.

Aber zurück zu unseren Zwischenlagern. Diese werden volllaufen mit abgebrannten Brennstäben, für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke sind die Zwischenlager nicht ausgelegt. Es wird also unweigerlich zu Transporten kommen. Irgendwann wird es ein Endlager geben. Es wird aber auf keinen Fall in Gorleben sein. Der Salzstock ist ungeeignet. CDU/CSU und FDP haben mit der Laufzeitverlängerung für 6.000 Tonne Schwermetall zusätzlichen Atommülls gesorgt. Das ist unverantwortlich.

Die stillgelegten Atomkraftwerke bleiben ja nicht in der Gegend stehen und strahlen vor sich hin. Nein, diese Atomkraftwerke werden demontiert und die Tausende von Tonnen von bestrahlten Beton und Stahl werden zu einem Lager transportiert werden. Dieses zu ignorieren ist bequem. Politischer Gestaltungswille sieht anders aus. Nicht durchdacht, liebe Linke!

Bis alle Brennelemente endgelagert sind und alle Atomkraftwerke demontiert sind, wird es Tausende Transporte durch Schleswig-Holstein geben. Das ist das Erbe der Atompolitik. Zu diesem Erbe gehört auch die moralisch-ethische Skrupellosigkeit der Politik, die das Atomprogramm entwickelt hat und in Teilen immer noch trägt, die der Menschheitsgeschichte auf ewig Atommüll in diesem Ausmaß hinterlässt. Jede Regierung gleich welcher Farbe wird mit dieser finsternen Hinterlassenschaft umgehen müssen. Der Antrag der Linken mag gut gemeint sein, ist jedoch nicht zu Ende gedacht und daher abzulehnen.